

ERNST RUDOLF HUBER

DEUTSCHE
VERFASSUNGSGESCHICHTE

SEIT 1789

Band V

Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung
1914-1919

VERLAG W. KOHLHAMMER
STUTTGART BERLIN KÖLN MAINZ j\ / y j . } ,

INHALTSVERZEICHNIS

A. Reich und Reichsverfassung im Ersten Weltkrieg

Kapitel I. Der Kriegsausbruch	3
§ 1. Weltpolitik, Weltkrieg und Staatsverfassung	3
I. Nationale Verfassungsautonomie und internationaler Verfassungszusammenhang	3
II. Nationalstaatsgedanke, Industrialismus und Imperialismus	5
III. Imperiales Weltstaatensystem und imperialer Krieg	7
IV. Die Verfassung als Wert und als Werkzeug	8
§ 2. Kriegsausbruch und Kriegsverantwortung	10
I. Julikrise und Kriegsausbruch	12
II. Die Kriegsverantwortung	14
1. Die äußere Kriegsverantwortung	15
2. Die innere Kriegsverantwortung	16
III. Die Kriegsentscheidung im deutschen konstitutionellen System	18
1. Krisenpolitik und monarchische Exekutive	18
2. Krisenpolitik und militärische Führung	19
3. Krisenpolitik und öffentliche Meinung	20

Inhaltsverzeichnis

<i>§3. Die obersten Reichsorgane und die Kriegsentscheidung</i>	22
I. Die Entscheidung über „Kriegsgefahr“ und „Kriegszustand“	22
1. Die Erklärung des Zustands drohender Kriegsgefahr	22
2. Die Verhängung des Kriegszustands	24
II. Bundesrat und Reichstag bei der Kriegsentscheidung	25
1. Das Zustimmungsrecht des Bundesrats nach Art. 11 Abs. 1 der Reichsverfassung	25
2. Die Kriegsentscheidung und das Kreditermächtigungsrecht des Reichstags	26
III. Die deutsche Sozialdemokratie und die Kriegsentscheidung	27
1. Die Sozialdemokratie und der „nationale Verteidigungskrieg“ vor dem Kriegsausbruch	27
2. Die Reichsleitung und die sozialdemokratische Parteiführung Ende Juli 1914	29
3. Die Vorentscheidung der deutschen Sozialdemokratie über die Kriegskreditermächtigung	31
IV. Die Reichstagsitzung vom 4. August 1914	33
1. Die Vorbereitung der Reichstagssitzung	33
2. Die einstimmige Annahme der Kriegsgesetze	35
3. Die siebzehn Kriegsgesetze vom 4. August 1914	37
 Kapitel II. Die deutsche Kriegsverfassung	 39
<i>§ 4. Das Kriegszustandsrecht des Ersten Weltkriegs</i>	39
I. Die Verhängung des Kriegszustands	40
1. Partieller oder totaler Kriegszustand?	40
2. Die Bekanntmachungen der Militärbefehlshaber vom 31. Juli 1914	41
II. Die Arten des Kriegszustands	42
1. Der einfache Kriegszustand	42
2. Der verschärzte Kriegszustand	43
3. Die Rechtsfolge der Grundrechts-Suspension	44
4. Die Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte	45
III. Die Vollzugsmaßnahmen des Kriegszustandsrechts	45
1. Die Verfügungs- und die Verordnungsgewalt der Militärbefehlshaber	45
2. Die strafrechtliche Ahndung von Verstößen gegen die Anordnungen der Militärbefehlshaber	47
3. Das strafgerichtliche Verfahren im Kriegszustandsrecht	47

Inhaltsverzeichnis

IV. Die Einsetzung des Obermilitärbefehlshabers (1916)	49
1. Der militärrechtliche „Partikularismus“ des deutschen Kriegszustandssystems.	49
2. Das Amt des Obermilitärbefehlshabers.	51
3. Der Ausbau der Amtsbefugnisse des Obermilitärbefehlshabers (Oktober 1918).	52
V. Der Kampf um die Handhabung des Kriegszustandsrechts.	53
1. Schutzhaft und Aufenthaltsbeschränkung	53
2. Die Beschränkungen der Vereins- und Versammlungsfreiheit	55
3. Die Preszensur.	56
a) Das Zensurrecht	56
b) Die Zensurbehörden	57
c) Das Kriegspresseamt und die weiteren zentralen Pressestellen	58
d) Das Presseamt der Reichskanzlei	59
e) Wandlungen der Pressepolitik	60
4. Die Briefzensur.	61
§ 5. Das Kriegs-Ermächtigungsrecht.	62
I. Das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914.	62
1. Die epochale Bedeutung des Kriegs-Ermächtigungsgesetzes.	62
2. Die Delegation der Gesetzgebungsmacht - ein Akt der Verfassungsdurchbrechung.	64
3. Die Delegation der Gesetzgebungsmacht - ein Fall der „kommissarischen Diktatur“.	65
II. Die Schranken der Ermächtigungsgesetzgebung	67
1. Die sachliche Begrenzung der Bundesrats-Vollmacht zur delegierten Gesetzgebung	67
2. Die Reichstags-Kontrolle gegenüber dem Bundesrat	68
III. Die Praxis der Kriegsnotgesetzgebung des Bundesrats.	69
1. Maßnahmen des Bewirtschaftungsrechts.	69
2. Maßnahmen des Währungs- und Finanzrechts.	70
3. Maßnahmen des allgemeinen Zivilrechts.	71
4. Maßnahmen des Arbeitsrechts und Sozialrechts.	71
5. Maßnahmen des Gerichtsverfahrensrechts.	71
§ 6. Die Kriegswirtschaft.	73
I. Vom Staatssozialismus der Friedenswirtschaft zum „Kriegssozialismus“	74
1. Die Krise der Wirtschaft bei Kriegsausbruch	74
2. Die Idee des Kriegssozialismus.	76
3. Die Grundformen des Kriegssozialismus.	77

Inhaltsverzeichnis

II. Die Kriegs-Organisation der Ernährungswirtschaft	79
1. Das Kriegsernährungsamt	79
2. Reich und Länder in der Ernährungsverwaltung	81
3. Der Beirat des Reichstags für Volksernährung	82
4. Die Kriegsgesellschaften, Reichsstellen und Reichskommissare	82
5. Rechtsnatur und verfassungspolitische Funktion der Träger der Kriegs-Ernährungsverwaltung	84
III. Die Kriegs-Organisation der Rüstungswirtschaft	85
1. Staatliche Leitung und privatwirtschaftlicher Vollzug der Rüstungsaufgaben	85
2. Die Kriegsrohstoffabteilung (1914)	86
3. Das Kriegsamt (1916)	88
4. Die rüstungswirtschaftlichen Vollzugsbehörden: Militärbefehlshaber, Kriegsamtsstellen und Kriegsamtsnebenstellen	91
IV. Die Energiewirtschaft	93
1. Die Kohlensyndikate in der Kriegswirtschaft	93
2. Der Reichskohlenkommissar	94
§ 7. „Kriegssozialismus“ und Sozialstaat.	95
I. Der Ausbau der Koalitionsfreiheit	95
1. Die Stellung der Gewerkschaften seit Kriegsausbruch	95
2. Die Festigung der Koalitionsfreiheit durch das Gesetz vom 26. Juni 1916	97
3. Der Abbau der gewerberechtlichen Schranken der Koalitionsfreiheit	99
II. Das Hilfsdienstgesetz vom 5. Dezember 1916.	101
1. Die Vorbereitung des Hilfsdienstgesetzes	101
2. Die Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes	103
3. Die Grundbestimmungen des Hilfsdienstgesetzes	106
a) Die gesetzliche Arbeitspflicht in Hilfsdiensteinrichtungen	106
b) Die Heranziehung zum Hilfsdienst	107
c) Die obligatorischen Arbeitnehmer-Ausschüsse und die Einigungs- und Schlichtungsstellen	107
III. Die Gewerkschaften unter dem Hilfsdienstgesetz	108
1. Das Hilfsdienstgesetz und das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer	108
2. Das Hilfsdienstgesetz und die Integration der Gewerkschaften in die Staatsverfassung	110
3. Die Gewerkschaften und die Fortsetzung der „Politik des 4. August“	111
4. Die Gewerkschaften und die Streikbewegung des April 1917.	112
5. Strafmaßnahmen und andere Maßregelungen nach dem Aprilstreik 1917	113
6. Die Entwicklung des Mitgliederstands der Gewerkschaften während des Kriegs	115

Kapitel III. Burgfrieden und innere Neuorientierung 1914—17 116

<i>§ 8. Die Neuorientierungspolitik des Kabinetts Bethmann Hollweg</i>	116
I. Kriegsausbruch und Burgfriedensbereitschaft	117
1. Die Burgfriedensparole: „Keine Parteien, nur Deutsche!“	117
2. Sozialdemokratie und Gewerkschaften in der „nationalen Einheitsfront“	117
II. Probleme der Burgfriedenspolitik	119
1. Burgfrieden, Reichstag und Reichstagsparteien.	119
2. Die Burgfriedenspolitik und die Sozialdemokratie.	122
3. Die Burgfriedenspolitik und die äußerste Rechte.	124
III. Ziel und Programm der Neuorientierung	125
1. Die Neuorientierung und die „Politik der Diagonale“	125
2. Die Hauptpunkte der Neuorientierung: Verfassungspolitische, sozialpolitische und wirtschaftspolitische Reformen	127
3. Die Aussichten der Bethmann Hollwegschen Reformpolitik.	128
<i>§9. Die Krisen der Neuorientierungspolitik</i>	129
I. Die Auseinandersetzungen um die Neuorientierung 1914—16	129
1. Die sozialdemokratischen Reformvorstöße 1914-15.	129
2. Der Konflikt um die Neuorientierung im preußischen Staatsministerium und der Ämterwechsel vom 22. Mai 1916.	131
3. Die Neuorientierungsdebatte des Reichstags im September/Oktober 1916.	133
II. Die Neuorientierungsfrage Anfang 1917	135
1. Die Neuorientierungsdebatte des Reichstags im Februar/März 1917	135
2. Die Neuorientierungsdebatten des preußischen Herrenhauses und Abgeordnetenhauses (März 1917).	137
III. Die russische Februar-Revolution und die deutsche Verfassungspolitik	139
1. Der Sturz des Zarentums.	139
2. Die Wirkung der russischen Februarrevolution auf die deutsche innere Lage.	139
IV. Der Verfassungsausschuß des Reichstags	140
1. Die Neuorientierungsdebatten Ende März 1917.	140
2. Die Einsetzung, Zusammensetzung und Tätigkeit des Verfassungsausschusses.	143
3. Das Reformprogramm des Verfassungsausschusses.	145

Inhaltsverzeichnis

4. Die Reichstagsdebatte über das Reformprogramm (15./16. Mai 1917)	147
a) Scheidemanns „Drohung mit der Revolution“	147
b) Die Debatte über die Parlamentarisierung der Regierungsgewalt	148
c) Die Debatte über die parlamentarische Kontrolle der Kommandogewalt	149
d) Die Resolution über das Reichstagswahlrecht	150
<i>§ 10. Die Neuorientierung und die preußische Wahlrechtsfrage</i>	151
I. Die Wahlrechtsfrage im preußischen Abgeordnetenhaus 1915/16	152
1. Wege zur Wahlrechtsreform	152
2. Die ersten Wahlrechtsdebatten (März 1915/Januar 1916)	153
3. Fideikommißgesetz und Wahlrechtsreform	154
II. Die „Osterbotschaft“ Kaiser Wilhelms II. (7. April 1917)	154
1. Die Entstehung der Osterbotschaft	154
2. Der Inhalt der Osterbotschaft	156
III. Die Wahlrechtsfrage in der Endphase der Ära Bethmann Hollweg	157
1. Der Wahlrechtskompromiß der vier großen Fraktionen des Abgeordnetenhauses	157
2. Der Loebellsche Wahlgesetzentwurf	159
3. Die Wahlrechtsfrage und die öffentliche Meinung	160
<i>§ 11. Die Neuorientierung der deutschen Sozialdemokratie</i>	161
I. Der Kampf um die sozialdemokratische „Neuorientierung“ 1914/15	164
1. Die „Kriegspolitik“ der Sozialdemokratie	164
2. Die innerparteiliche Opposition des linken Flügels	166
3. Die Kriegskreditverweigerung der Gruppe Liebknecht—Rühle	167
4. Die Kriegskreditverweigerung der Gruppe Haase	168
II. Die Formierung der äußersten Linken 1914/15	170
1. Die „Gruppe Internationale“ und andere linksradikale Organisationen .	170
2. „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“	174
3. Staatliche Maßnahmen gegen die äußerste Linke	175
III. Die deutsche Linke und die Zimmerwalder Bewegung	177
1. Die Zimmerwalder Konferenz	177
2. Das Zimmerwalder Manifest	178

Inhaltsverzeichnis

<i>§ 12. Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie</i>	179
I. Die sozialistischen Richtungsgegensätze 1916/17	179
1. Die Abspaltung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft	179
2. Die Entwicklung der „Gruppe Internationale“ zum Spartakus-Bund	181
II. Die Kampfaktionen des Linksradikalismus im April 1916	182
1. Liebknechts Auftreten und Maßregelung im Reichstag (5.-8. April 1916)	182
2. Die Jenaer Jugend-Konferenz (23/24. April 1916)	183
3. Die Kienthaler Konferenz (24.-30. April 1916)	184
III. Die Mai-Demonstration 1916 und die Festnahme Liebknechts	185
1. Der 1. Mai 1916	185
2. Liebknechts Verurteilung durch das Kriegsgericht (28. Juni 1916)	186
IV. Die Spaltung der SPD (1916/17)	187
1. Die Sozialdemokratische Reichskonferenz (21.—23. September 1916)	187
2. Der Kampf um die sozialdemokratische Presse	188
3. Die Reichskonferenz der Opposition (7. Januar 1917)	189
4. Die Gründung der USPD (6.-8. April 1917)	190
 Kapitel IV. Militärdiktatur, Kriegzielstreit und Friedensfrage 1914 — 17	 192
<i>§ 13. Reichsleitung und Militärgewalt</i>	192
I. Pramat der Politik oder Pramat der Kriegsnotwendigkeiten?	193
1. Konstitutionalismus und „Militärdiktatur“	193
2. Der Kaiser und die Wahrung des „Primats der Politik“	194
II. Die Kriegsverfassung und die Fortdauer der Spaltung der Militärgewalt	197
1. Das Große Hauptquartier	197
2. Die Oberste Heeresleitung	198
3. Der Kriegsminister	200
a) Der Kriegsminister und die Oberste Heeresleitung	200
b) Der Kriegsminister und die Stellvertretenden Generalkommandos	200
c) Der Kriegsminister und der Reichstag	201
4. Das Militärkabinett	202
III. Reichsleitung und Oberste Heeresleitung in der Ära Moltke	203
1. Der Sieg der Präventivkriegsidee	203
2. Der Machtanspruch der Obersten Heeresleitung nach Kriegsausbruch	204

Inhaltsverzeichnis

IV. Reichsleitung und Oberste Heeresleitung in der Ära Falkenhayn	204
1. Bethmann Hollweg und Falkenhayn	204
2. Primat der Westfront oder der Ostfront?	205
3. Deutsche Friedensversuche 1915	207
4. Der Kampf um das „Oberkommando Ostfront“	208
5. Die Einsetzung des erweiterten Oberkommandos Ostfront	211
6. Falkenhayns Sturz	212
V. Das Reichskabinett Bethmann Hollweg und die dritte Oberste Heeresleitung	213
1. Hindenburg und Ludendorff an der Spitze der Obersten Heeresleitung	213
2. Eingriffe der dritten Obersteh Heeresleitung in die innere und die auswärtige Politik	214
§ 14. Der deutsche Kriegszielstreit 1914—17	217
I. Die Kriegszielpolitik des Ersten Weltkriegs	218
II. Die deutschen Kriegszielprogramme	220
1. Das „Septemberprogramm“ Bethmann Hollwegs	220
2. Die annexionistische Bewegung	222
a) Verhältnis der Regierungen und Parteien zur annexionistischen Bewegung	222
b) Das aldeutsche Kriegszielprogramm	223
c) Das Erzbergerische Kriegszielprogramm	223
d) Die Forderungen der Schwerindustrie	224
3. Bethmann Hollwegs Politik der „realen Garantien“	224
III. Die ersten parlamentarischen Kämpfe um die Kriegszielfrage 1914/15	225
1. Die Parteien und die Kriegszielfrage	225
2. Die Reichstagsdebatten Dezember 1914 bis März 1915	226
IV. Verbände und Gruppen im Kriegszielstreit	228
1. Petition und Denkschrift als Mittel der Kriegszielbewegung	228
2. Die Eingaben der sechs Wirtschaftsverbände	229
3. Die Denkschriften-Aktion des Generals Frh. v. Gayl	230
4. Die Intellektuellen-Eingabe vom 8. Juli 1915	231
5. Die Gegenaktion der „Gruppe Delbrück“	231
V. Reichskanzler und Reichstag im Ringen um die Politik der „realen Garantien“	232
1. Die Debatte vom 28/29. Mai 1915	232
2. Die Debatte vom 9. Dezember 1915	233
3. Die Präzisierung der „realen Garantien“ (5. April 1916)	234

Inhaltsverzeichnis

VI. Bethmann Hollweg im Kampf gegen die Kanzlerfronde.	236
1. Der Gegenangriff des Reichskanzlers vom 5. Juni 1916.	236
2. Der Deutsche Nationalausschuß	237
3. Der Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden.	238
4. Die sozialdemokratische Friedenspetition	238
5. Die Freigabe der Kriegszieldiskussion	239
VII. Der deutsche Pazifismus 1914-17.	241
1. Die „Deutsche Friedensgesellschaft“, der „Bund Neues Vaterland“ und die „Zentralstelle Völkerrecht“.	241
2. Der Fall Lichnowsky und der Fall Muehlon.	243
3. Der bürgerliche Pazifismus und die sozialistische Linke.	244
 <i>§ 15. Das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916.</i>	244
I. Die Vorbereitung der Friedensaktion der Mittelmächte.	245
1. Die Friedensfrage im Reichstag im Herbst 1916.	245
2. Die österreichisch-deutschen Verhandlungen über die Friedensbedingungen.	247
II. Die Friedensnote vom 12. Dezember 1916.	248
1. Die Bekanntgabe der Friedensnote im Reichstag.	248
2. Die Parteien und die Friedensnote.	249
3. Das Scheitern der Friedensaktion der Mittelmächte.	250
4. Das Scheitern des amerikanischen Friedensschritts.	251
III. Die deutsche Kriegszieldiskussion nach dem Scheitern des Friedensversuchs.	253
1. Die Agitation des „Unabhängigen Ausschusses“ (Januar 1917).	253
2. Die Kriegszielfrage vor dem preußischen Abgeordnetenhaus (Januar/Februar 1917).	253
3. Die Kriegszielfrage vor dem Reichstag (Ende Februar 1917).	254
IV. Der Kampf gegen Bethmann Hollweg nach dem Scheitern des deutschen Friedensangebots.	255
1. Die Adlon-Konferenz (25. Februar 1917).	255
2. Die sozialdemokratische Friedensresolution (19. April 1917).	256
3. Der Kampf gegen den Reichskanzler nach der „Osterbotschaft“	257
 <i>§ 16. Der Kampf um den uneingeschränkten Unterseebootkrieg.</i>	258
I. Die Marineleitung im Ersten Weltkrieg.	259
II. Der Streit um den U-Boot-Handelskrieg in der Zeit der zweiten Obersten Heeresleitung	261

Inhaltsverzeichnis

1. Die deutsche Sperrgebietserklärung (4. Februar 1915)	261
2. Der Verzicht auf den warnungslosen U-Boot-Handelskrieg (6. Juni 1915)	264
3. Die „Revolte der Admirale“	265
4. Die Wiederaufnahme des verschärften U-Boot-Handelskriegs (11. Februar 1916)	266
5. Der weitere Kampf um den „uneingeschränkten“ U-Boot-Handelskrieg .	267
6. Der Sturz des Staatssekretärs v. Tirpitz (15. März 1916)	268
7. Die Reichstagsresolution für den uneingeschränkten U-Boot-Handelskrieg (6. April 1916)	269
8. Die Rückkehr zum prisenrechtlichen U-Boot-Handelskrieg (24. April 1916)	270
 III. Die Entscheidung für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg	271
1. Die dritte Oberste Heeresleitung und die U-Boot-Frage im Herbst 1916	271
2. Der Reichstag und die U-Boot-Frage im Herbst 1916	273
3. Die U-Boot-Frage nach dem Scheitern des deutschen Friedensangebots	274
4. Die Oberste Heeresleitung und der Admiralstab im Angriff gegen den Reichskanzler	275
5. Die Entscheidung des U-Boot-Konflikts im Großen Hauptquartier (9. Januar 1917)	276
6. Die Entscheidung vom 9. Januar 1917 und die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers	278
 § 17. Der Kampf um die Friedensresolution des Reichstags	279
 I. Die österreichischen Sonderfriedensbemühungen	280
1. Das Kriegziel-Programm der Mittelmächte vom März 1917	280
2. Der Sixtus-Brief Kaiser Karls	281
3. Die Denkschrift Czernins (12. April 1917)	282
4. Das Scheitern der Sixtus-Vermittlung und das Kreuznacher Abkommen (17. Mai 1917)	282
 II. Der Reichstag und die Parteien im Kampf um die Kriegzielfrage im Mai/Juni 1917	284
1. Die Kriegziel-Interpellationen im Reichstag (15. Mai 1917)	284
2. Die deutsche Sozialdemokratie und die Stockholmer Konferenz	287
 III. Die Julikrise 1917	288
1. Erzbergers politische Schwenkung	288
2. Der mehrheitssozialistische Widerstand gegen die neunte Kriegskreditvorlage	289
3. Die Bemühungen um eine aktionsfähige Reichstagsmehrheit	290
4. Die Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags (3.—6. Juli 1917)	291
5. Die Sitzung des Verfassungsausschusses des Reichstags (3.—6. Juli 1917)	292

6. Die Konstituierung des Interfraktionellen Ausschusses der Mehrheitsparteien des Reichstags (6. Juli 1917)	293
7. Der Reichskanzler und die Friedensresolution	295
8. Die ersten Entwürfe der Friedensresolution	295
<i>§ 18. Der Sturz des Reichskanzlers Bethmann Hollweg</i>	296
I. Bemühungen um die Überwindung der Kanzlerkrise.	296
1. Der Reichskanzler vor dem Hauptausschuß (7. Juli 1917)	296
2. Die Oberste Heeresleitung in der Julikrise.	297
II. Die Verflechtung der Friedens- und der Verfassungsfrage.	298
1. Der Konflikt zwischen den Mehrheitsparteien über die Friedensresolution	298
2. Der Kronrat vom 9. Juli 1917 und die preußische Wahlrechtsfrage	300
3. Die Verhandlungen über die Friedensresolution im Interfraktionellen Ausschuß (10. Juli 1917)	301
4. Die Entscheidung des Kaisers in der preußischen Wahlrechtsfrage (10. Juli 1917)	302
5. Die Mehrheitssozialisten und die Parlamentarisierungsfrage	303
6. Die Verfassungs- und die Friedensfrage am 11. Juli 1917.	304
7. Der Reformerlaß des Kaisers vom 11. Juli 1917.	306
III. Der Kanzlersturz	307
1. Die parlamentarische Kanzlerfronde, die Oberste Heeresleitung und der Kronprinz im Generalangriff gegen den Reichskanzler.	307
2. Die endgültige Fassung der Friedensresolution und das Veto des Reichskanzlers.	309
3. Die Demission Bethmann Hollwigs (13. Juli 1917).	310
Kapitel V. Das Reichskabinett Michaelis	312
<i>§ 19. Das Kabinett Michaelis und der Fortgang des Kampfs um die Friedenspolitik</i>	312
I. Konstitutionelles oder parlamentarisches Reichssystem?	312
1. Das Kräftespiel beim Kanzlerwechsel	312
2. Die Berufung von Michaelis.	313
3. Die Aufgabe des neuen Reichskanzlers.	315
II. Friedensresolution und Kriegskreditvorlage.	316
1. Die Friedensresolution nach dem Kanzlerwechsel	316

Inhaltsverzeichnis

2. Inhalt und Bedeutung der Friedensresolution	317
3. Die Friedensresolution vor dem Reichstag (19. Juli 1917)	319
4. Die Annahme des neunten Kriegskreditgesetzes (20. Juli 1917)	321
III. Die Regierungsumbildung im Reich und in Preußen	322
1. Die Parlamentarisierungsfrage unter Michaelis.	322
2. Das Reichskabinett Michaelis.	323
3. Das preußische Staatsministerium Michaelis.	325
4. Übersicht über die Kabinettsbildung vom 5. August 1917.	326
IV. Spannungen innerhalb der Reichstagsmehrheit nach dem 19. Juli 1917	327
1. Das Zentrum und die Friedensresolution	327
2. Die Fortschrittliche Volkspartei und die Friedensresolution	329
3. Die Mehrheitssozialisten und die Friedensresolution.	329
V. Die Neuformierung der außerparlamentarischen Verbände.	330
1. Die Deutsche Vaterlandspartei	330
2. Gegenaktionen gegen die Vaterlandspartei	333
3. Der Volksbund für Freiheit und Vaterland.	334
§ 20. Das Kabinett Michaelis und die päpstliche Friedensaktion.....	335
I. Die Friedensnote Papst Benedikts XV.	335
1. Die Vorbereitung des päpstlichen Friedensschritts.	336
2. Die Vorverhandlungen Pacellis mit Bethmann Hollweg.	337
3. Die Verhandlungen Pacellis mit Michaelis.	338
4. Die päpstliche Friedensnote (1. August 1917).	339
II. Die Reichsleitung und die päpstliche Friedensaktion	341
1. Die belgische Frage: Vorbedingung oder Gegenstand der Friedensverhandlungen?	341
2. Das Schreiben Pacellis vom 30. August 1917.	343
III. Der Reichstag und die päpstliche Friedensaktion	344
1. Der Interfraktionelle Ausschuß und die Friedensfrage.	344
2. Der Hauptausschuß des Reichstags und die Friedensfrage.	344
3. Der „Freie Ausschuß beim Reichskanzler“ und die päpstliche Friedensnote.	346
a) Errichtung und Zusammensetzung des „Freien Ausschusses“	346
b) Die Sitzung des „Freien Ausschusses“ vom 28. August 1917	348
c) Die Sitzung des „Freien Ausschusses“ vom 10. September 1917.	349
IV. Die deutsche Antwort auf die päpstliche Friedensnote.	351
1. Der Kronrat vom 11. September 1917.	351

Inhaltsverzeichnis

2. Die deutsche Antwortnote vom 13. September 1917	353	
3. Der Brief des Reichskanzlers an Pacelli vom 24. September 1917	354	
V. Das Scheitern der Friedensbemühungen von 1917		356
1. Der französische Anspruch auf die „Desannexion“ Elsaß-Lothringens	356	
2. Der Fehlschlag der Friedensbemühungen des Kabinetts Michaelis	357	
3. Das Ende des „Freien Ausschusses“	358	
VI. Der Streit um die Verantwortung für das Scheitern der päpstlichen Friedensaktion		359
 <i>§21. Der Flottenaufruhr des Sommers 1917</i>		360
I. Ursachen und Ziele der Flottenbewegung	361	
1. Das revolutionäre Programm der Flottenbewegung	361	
2. Die Zentren der Flottenbewegung	363	
3. Die Flottenbewegung und die USPD.	364	
II. Der Flottenaufruhr in Wilhelmshaven	365	
1. Der Aufrührplan	365	
2. Die Meuterei im IV. Geschwader	366	
3. Die Aufdeckung des revolutionären Komplotts	367	
III. Das kriegsgerichtliche Verfahren gegen die Matrosenführer	368	
1. Das Kriegsgerichtsurteil vom 25. August 1917.	368	
2. Die Bestätigung des Urteils durch den Flottenchef Admiral Scheer	369	
IV. Die Frage der Mitverantwortung der USPD.	370	
1. Politische oder straf rechtliche Mitverantwortung ?	370	
2. Die Unterrichtung der Parteiführer durch die Reichsleitung	371	
 <i>§ 22. Der Sturz des Reichskanzlers Michaelis</i>		372
I. Die Interpellationen der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen vor dem Reichstag	372	
1. Der Zusammenstoß im Reichstag (6. Oktober 1917)	373	
2. Der Konflikt zwischen Reichsleitung und Reichstag vor dem Hauptausschuß (8. Oktober 1917)	374	
II. Die Flottenbewegung vor dem Reichstag	375	
1. Die Kampfansage des Reichskanzlers gegen die USPD (9. Oktober 1917)	375	
2. Die Erklärung des Staatssekretärs v. Capelle gegen die USPD.	377	
3. Der mehrheitssozialistische Beistand für die USPD.	378	

Inhaltsverzeichnis

III. Die Reichstagsmehrheit im Angriff gegen den Reichskanzler	380
1. Der Vierparteienblock und die Kanzlerfrage	380
2. Die Kanzlerfrage im Interfraktionellen Ausschuß	382
3. Die Forderung des Kanzlerwechsels	383
IV. Widerstand oder Unterwerfung des konstitutionellen Regimes ?	385
1. Der angebliche Staatsstreichplan der Exekutive	385
2. Der Rücktritt des Reichskanzlers Michaelis	386
 Kapitel VI. Das Reichskabinett Graf Hertling	 388
 § 23. <i>Das Kabinett Graf Hertling</i> und die Parlamentarisierung der Reichsgewalt	 388
I. Die Bildung des Kabinetts Graf Hertling	388
1. Die Kandidatur des Grafen Hertling	388
2. Hertlings Verhandlungen in Berlin (27.-30. Oktober 1917)	389
3. Hertling und der Interfraktionelle Ausschuß	390
4. Hertlings Verständigung mit der Zentrumspartei	391
5. Die „Bedingungen“ des Interfraktionellen Ausschusses	392
6. Die Annahme der „Bedingungen“ der Mehrheitsparteien durch den Kanzlerkandidaten	394
II. Der Durchbruch zum parlamentarischen Regime	395
1. Die Ernennung Hertlings zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten	395
2. Der Kampf um das Amt des Vizekanzlers	396
3. Der Sturz des Vizekanzlers Helfferich - der entscheidende Akt auf dem Weg zum parlamentarischen System	398
4. Hertlings Widerstand gegen die weitere Parlamentarisierung	398
5. Übersicht über die Kabinettsumbildung von Anfang November 1917	400
III. Reichsleitung und Reichstag in den Anfängen der Ära Hertling	401
1. Graf Hertling vor dem Reichstag (29. November/1. Dezember 1917) ..	401
2. Die Debatte über die Kanzlerrede vom 29. November 1917	403
3. Die Annahme der zehnten Kriegskreditvorlage und die Vertagung des Reichstags	404
4. Parteiführerkonferenzen und Hauptausschusssitzungen im Dezember 1917/Januar 1918	405
 § 24. <i>Die russische Oktoberrevolution und die deutsche Ostfriedenspolitik</i>	 406
I. Die Oktoberrevolution und Deutschland	407

Inhaltsverzeichnis

1. Der bolschewistische Umsturz	407
2. Der Waffenstillstand im Osten.	408
3. Die Wirkungen der russischen Oktoberrevolution auf die deutsche revolutionäre Bewegung	409
 II. Der Beginn der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk	409
1. Das deutsche Friedensprogramm und die Parteiführerkonferenz vom 20. Dezember 1917.	409
2. Der erste Abschnitt der Friedens Verhandlungen (22.-28. Dezember 1917).	411
3. Der deutsch-österreichische Entwurf eines Präliminarfriedens (27. Dezember 1917).	413
 III. Der Ostfrieden und die deutschen Parteien Anfang 1918.	414
1. Die Parteiführerkonferenz vom 1. Januar 1918.	414
2. Die Friedensfrage vor dem Hauptausschuß des Reichstags (3.-11. Januar 1918).	415
 IV. Der Ostfrieden und die Oberste Heeresleitung	417
1. Die Kreuznacher Besprechung vom 18. Dezember 1917.	417
2. Der Kronrat vom 2. Januar und das Protestschreiben Hindenburghs vom 17. Januar 1918.	419
3. Die Konferenz vom 12. Januar 1918 und die Aufzeichnung über „Staatsrechtliche Verantwortlichkeit“.	420
4. Bedeutung und Inhalt der Aufzeichnung über „Staatsrechtliche Verantwortlichkeit“.	421
5. Die Friedensresolution: „Kein Freibrief für risikolose Kriegsverlängerung!“.	423
 V. Der zweite Abschnitt der Friedenskonferenz	425
1. Die Wiedereröffnung der Verhandlungen in Brest-Litowsk (9. Januar 1918).	425
2. Der „Faustschlag“ des Generals Hoffmann.	425
3. Die deutschen Parteien und die Januar-Verhandlungen in Brest-Litowsk	426
 VI. Die Reichsleitung, der Ostfrieden und die Vierzehn Punkte Wilsons	428
1. Die Parteiführerkonferenz vom 23. Januar 1918.	428
2. Die Reichskanzler-Erklärung vor dem Hauptausschuß des Reichstags (24. Januar 1918).	429
3. Das Vertrauensvotum für Kühnmann (26. Januar 1918).	430
 §25. <i>Der Januarstreik 1918</i>	432
 I. Die Streikbewegung des Januar 1918.	433
1. Die Vorbereitung des politischen Massenstreiks.	433

Inhaltsverzeichnis

2. Der Streikausbruch	434
3. Die Streikleitung	435
4. Das Streikprogramm	436
II. Mehrheitssozialisten und Gewerkschaften im Januarstreik 1918	437
1. Die Mehrheitssozialisten in der Streikleitung	437
2. Die Gewerkschaften und der Januarstreik	438
III. Die Abwehrmaßnahmen gegen den Januarstreik	439
1. Die ersten Gegenmaßnahmen der Reichsleitung	439
2. Die Bemühungen der Streikleitung um Verhandlungen mit der Regierung	440
3. Die Verhängung des verschärften Belagerungszustands (31. Januar 1918)	441
IV. Das Ende des Januarstreiks	442
1. Der Abbruch der Streikbewegung	442
2. Strafverfolgungen und sonstige Maßregelungen nach dem Abbruch des Januarstreiks	443
3. Das Ergebnis des Januarstreiks	444
V. Der Januarstreik und der Reichstag	445
1. Die Krise innerhalb der Reichstagsmehrheit	445
2. Der Fall Dittmann vor dem Reichstag	446
3. Die Generaldebatte über den Januarstreik	447
 § 26. Abschluß und Vollzug der Ostfriedensverträge	449
I. Die Krise der Friedenskonferenz von Brest-Litowsk	450
1. Der Abbruch der Friedensverhandlungen	450
2. Die Reichsleitung und die Parteien in der Krise der Friedenskonferenz .	451
3. Die Wiederaufnahme der Kriegshandlungen im Osten	453
II. Der Frieden von Brest-Litowsk	453
1. Die Unterwerfung Rußlands unter die Friedensbedingungen der Mittelmächte	453
2. Der Hauptinhalt des Friedensvertrags	455
III. Die Ratifikation der Ostfriedensverträge	456
1. Das staatsrechtliche Erfordernis der Mitwirkung der Legislative beim Friedensschluß	456
2. Die Reichstagsverhandlungen über die Verträge von Brest-Litowsk . .	458
a) Der Friedensvertrag mit der Ukraine	458
b) Der Friedensvertrag mit Rußland	458
c) Die Reichstagsresolution und die Schlußabstimmung vom 22. März 1918	460

Inhaltsverzeichnis

3. Die Reichstagsverhandlungen über den Frieden mit Finnland und Rumänien	461
a) Der Friedensvertrag mit Finnland	461
b) Der Friedensvertrag mit Rumänien	462
IV. Das deutsch-russische Verhältnis nach Brest-Litowsk	463
1. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland . .	463
2. Die deutsch-russischen Ergänzungsverträge zum Frieden von Brest-Litowsk	464
a) Der Abschluß der Ergänzungsverträge	464
b) Der Inhalt der Ergänzungsverträge	465
c) Die staatsrechtliche Problematik der „zustimmungslosen Ratifikation“ der Ergänzungsverträge	466
§ 27. Das Kabinett Hertling und die Reichsverfassungsreform	467
I. Reichs Verfassung und Parlamentarisierung	467
1. Das Ringen um die Änderung des Art. 9 der Reichsverfassung	467
2. Die Mehrheitssozialisten und das parlamentarische Regierungssystem .	469
3. Der Wiedereintritt der Mehrheitssozialisten in das Reichstagspräsidium	470
4. Die mehrheitssozialistische „Doppelstrategie“ 1917/18	471
II. Die „kleine Reichswahlreform“	472
1. Wahlkreisreform oder Verhältniswahlsystem?	472
2. Das Gesetz über die Einführung der Verhältniswahl in den großen Reichstagswahlkreisen	473
III. Die Sozialverfassungsreform	474
1. Die Aufhebung des § 153 der Reichsgewerbeordnung	475
2. Das Arbeitskammergesetz	476
§28. Das Kabinett Hertling und die preußische Wahlreform	479
I. Die preußischen Gesetzvorlagen vom 25. November 1917	479
1. Die Reform des Abgeordnetenhauses	479
2. Die Reform des Herrenhauses	480
3. Die Reform des Staatshaushaltsrechts	481
II. Die Reformvorlagen vor dem Abgeordnetenhaus	482
1. Die erste Lesung (5.-11. Dezember 1917)	482
2. Die Reaktion der Öffentlichkeit auf die erste Lesung	483
3. Die Ausschußverhandlungen (11. Januar - 13. April 1918)	484
4. Die zweite Lesung (30. April-2. Mai 1918)	486
5. Die dritte Lesung (13.-14. Mai 1918)	488

Inhaltsverzeichnis

6. Die vierte Lesung (11/12. Juni 1918).	489
7. Die fünfte Lesung (4. Juli 1918).	491
III. Die Reformvorlagen vor dem Herrenhaus.	492
1. Die Wahlrechtsfrage im Ausschuß des Herrenhauses (Juli-September 1918).	492
2. Die Polemik gegen die „Verschleppung der Wahlrechtsfrage“.	493
3. Hertlings letzte Bemühungen um einen Wahlrechtskompromiß.	495
§ 29. <i>Die Sommerkrise 1918</i>	497
I. Militärische Offensive und „Friedensoffensive“.	497
1. Die „patriotische Friedensbewegung“.	497
2. Die Denkschriften des Obersten v. Haeften.	498
3. Geheime Friedenssondierungen.	499
4. Hertlings Antwort an Wilson.	500
II. Die Kühlmann-Krise.	501
1. Kühlmanns Reichstagsrede vom 24. Juni 1918.	501
2. Die verfassungsrechtliche Problematik des Kühlmannschen „Alleingangs“.	503
3. Die Erklärungen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen vom 25. Juni 1918.	504
4. Die Intervention der Obersten Heeresleitung.	506
5. Der Austrag des Konflikts im Großen Hauptquartier.	507
III. Der Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amts.	508
1. Kühlmanns Entlassung.	508
2. Hintzes Ernennung zum Staatssekretär des Auswärtigen Amts.	509
IV. Die Änderungen in der militärischen Führungsorganisation.	511
1. Der Wechsel an der Spitze des Militärkabinetts.	511
2. Der Wechsel in der Marineführung.	511
§ 30. <i>Die Herbstkrise 1918 und der Sturz des Reichskanzlers Graf Hertling</i>	513
I. Der neue Friedensschritt der Mittelmächte.	513
1. Die Besprechungen im Großen Hauptquartier am 13.—15. August 1918	513
2. Die Parteiführerkonferenz vom 21. August 1918.	515
3. Die Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses vom 12. und 13. September 1918.	516
II. Die Krise des deutsch-österreichischen Bundesverhältnisses.	518
1. Die Wiener Friedensnote vom 14. September 1918.	518

Inhaltsverzeichnis

2. Die Demarche der Mehrheitsparteien beim Reichskanzler (15. September 1918)	519	
3. Die deutsche Antwortnote an Österreich (20. September 1918)	520	
III. Die Krise des Kabinetts Hertling		521
1. Die Bemühungen um eine neue Regierungskoalition	521	
2. Die Völkerbunds-Resolution und die Programm-Denkschrift des Interfraktionellen Ausschusses	522	
3. Die Bedingungen der Mehrheitssozialisten für den Eintritt ins Reichskabinett (23. September 1918)	523	
4. Die Tagung des Hauptausschusses des Reichstags (24.-27. September 1918)	525	
5. Der Endkampf um das deutsche Regierungssystem.	526	
IV. Graf Hertlings Rücktritt		528
1. Das „Protokoll“ der Mehrheitsparteien (28. September 1918)	528	
2. Das Eingreifen der Obersten Heeresleitung: der Beschuß über Kanzlerwechsel und Waffenstillstandersuchen	529	
3. Der Kronrat vom 29. September 1918	531	
4. Der Parlamentarisierungserlaß des Kaisers (30. September 1918)	531	
V. Das Ende des deutschen Konstitutionalismus und das Problem der konstitutionellen Staatsform		533
Kapitel VII. Das Reichskabinett Prinz Max von Baden		535
§ 31. Die letzte kaiserliche Regierung		535
I. Die Umbildung der Reichsregierung		535
1. Die Regierungskoalition	535	
2. Das Koalitionsprogramm	537	
3. Die Suche nach dem Kanzlerkandidaten	538	
4. Die Kandidatur des Prinzen Max von Baden	539	
5. Die Vorstellungen des Prinzen Max über „Regierungsparteien“ und „nationale Opposition“	542	
II. Das Reichskabinett und das preußische Kabinett im Oktober/November 1918		544
1. Die neue Reichsleitung	544	
2. Das neue preußische Kabinett	545	
3. Die sonstigen zentralen Ämter	546	

Inhaltsverzeichnis

III. Der Fortgang der Parlamentarisierung	547
1. Kriegskabinett und Gesamtkabinett	547
2. Der Abbau der parlamentarischen Inkompatibilitäten	549
3. Übersicht über die Kabinettsbildung vom 3. Oktober 1918.	549
<i>§32. Waffenstillstandssersuchen und Wilson-Frieden.</i>	551
I. Das deutsche Waffenstillstandssersuchen.	552
1. Der designierte Reichskanzler im Widerstand gegen das Waffenstillstandssersuchen.	552
2. Die Parteiführerkonferenz vom 2. Oktober 1918.	553
3. Der Kronrat vom 2. Oktober 1918 und die endgültige Entscheidung . .	554
4. Die Machtkonstellation bei der Entscheidung über das Waffenstillstandssersuchen.	556
II. Waffenstillstandsnote und Regierungserklärung.	557
1. Die deutsche Note vom 3. Oktober 1918.	557
2. Das Ringen um die Reichskanzler-Erklärung.	557
3. Die Reichskanzler-Rede vom 5. Oktober 1918.	559
III. Der erste Notenwechsel mit Wilson.	560
1. Die amerikanische Note vom 8. Oktober 1918.	560
2. Rathenaus Gedanke der „levee en masse“ und Ludendorffs Ablehnung	561
3. Die deutsche Note vom 12. Oktober 1918.	563
IV. Die Kanzlerkrise (11.-15. Oktober 1918).	564
1. Die „Affäre Muehlon“.	564
2. Die Erklärung des Reichskanzlers vor dem Interfraktionellen Ausschuß	565
V. Der zweite Notenwechsel mit Wilson.	566
1. Die „Demokratisierung“ der deutschen Verfassungsverhältnisse - eine Vorbedingung für Waffenstillstand und Frieden.	566
2. Das Ringen um die deutsche Antwort	567
3. Die Kabinetsberatungen vom 17. Oktober 1918.	569
4. Der Entwurf der deutschen Antwortnote.	570
5. Der deutsche Verzicht auf den U-Boot-Krieg	571
6. Die Entscheidung des Kaisers über die Antwort an Wilson.	572
7. Die deutsche Note vom 21. Oktober 1918.	575
VI. Die dritte Wilson-Note und ihre Wirkung auf die deutsche Verfassungslage.	576
1. Rechtsfrieden oder Gewaltfrieden?.	576
2. Wilson und die „Kaiserfrage“.	576
3. Der Konflikt zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung . .	577

Inhaltsverzeichnis

4. Das Ringen um den Wechsel in der Obersten Heeresleitung	578	
5. Die Entlassung Ludendorffs (26. Oktober 1918)	580	
VII. Der Abschluß des deutsch-amerikanischen Notenwechsels		581
1. Die deutsche Note vom 27. Oktober 1918	581	
2. Die vierte Wilson-Note (5. November 1918) und die Abreise der deutschen Waffenstillstands-Delegation nach Compiègne	583	
 §33. <i>Die Oktoberreformen</i>		584
I. Die Reform der Reichsverfassung	584	
1. Die Reformvorlagen vor dem Bundesrat	584	
2. Die Reformvorlagen vor dem Reichstag	586	
II. Die verfassungspolitische Bedeutung der Reichsgesetze vom 28. Oktober 1918	588	
1. Das erste Reformgesetz	588	
2. Das zweite Reformgesetz	589	
3. Die Oktoberreformen und das Wehrverfassungsrecht	591	
4. Der kaiserliche Erlass vom 28. Oktober 1918	592	
III. Der Kampf um Wahlreform und Parlamentarisierung in Preußen	593	
1. Der Wahlrechtskompromiß in der Kommission des Herrenhauses (1. Oktober 1918)	593	
2. Die Annahme des gleichen Wahlrechts im Plenum des Herrenhauses (24. Oktober 1918)	594	
3. Die neue preußische Wahlrechtskrise	596	
IV. Die Oktoberreformen und das Reichsland Elsaß-Lothringen	597	
1. Die Frage der elsaß-lothringischen Autonomie in der Herbstkrise 1918	597	
2. Das Scheitern der Bemühungen um die elsaß-lothringische Autonomie	599	
 § 34. <i>Militärverfassung und Kriegszustandsrecht am Vorabend der Revolution</i>		600
I. Die Reichsleitung und die Militärgewalt nach den Oktoberreformen	600	
1. Die Kommandoakte „von politischer Bedeutung“	600	
2. Die Immediatstellung der Kommandobehörden	601	
3. Das Verhältnis Reichskanzler—Kriegsminister	603	
II. Militärkabinette und Pressebehörden	603	
1. Die Mediatisierung des Militärkabinetts und des Marinekabinetts	603	
2. Die Reorganisation des Kriegspresseamts und der Oberzensurstelle	605	

Inhaltsverzeichnis

III. Der Abbau des Kriegszustands im Oktober/November 1918	606
1. Die Zusage des Reichskanzlers auf Beschränkung der Kriegszustands-Vollmachten (5. Oktober 1918)	606
2. Der Amnestie-Erlaß vom 12. Oktober 1918	607
3. Die Kriegszustands-Erlasse vom 15. Oktober 1918	609
a) Die Verordnung über die erweiterte Weisungsgewalt des Obermilitärbefehlshabers	609
b) Der Erlaß über das Zusammenwirken der Militärgewalt und der Zivilgewalt im Kriegszustandsrecht	610
4. Die Erweiterung der Versammlungs- und der Pressefreiheit durch den Erlaß vom 2. November 1918	611
a) Die Lockerung der Versammlungskontrolle	611
b) Die Lockerung der Preszensur	612
5. Die Freilassung Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und der Marine-Meuterer	613
 § 35. Die revolutionäre Bewegung, die Friedensfrage und die Kaiserfrage	615
I. Die revolutionäre Bewegung im Oktober 1918	615
1. Die Stärke der revolutionären Bewegung	615
2. Die Gruppen der revolutionären Bewegung	616
3. Die Ziele der revolutionären Bewegung	619
II. Die Kaiserfrage	621
1. Die Krise des monarchischen Gedankens	621
2. Rettung der Monarchie durch Thronverzicht des Kaisers?	622
3. Die revolutionäre Parole vom Kaisertum als „Friedenshindernis“	624
4. Das Reichskabinett und die Kaiserfrage	625
5. Die Mehrheitsparteien des Reichstags und die Kaiserfrage	626
III. Die Kaiserkrise	627
1. Die Kaiserfrage und die Wilson-Noten	627
2. Der Reichstag und die Kaiserkrise	629
3. Der Reichskanzler und der Regentschaftsplan	631
4. Die Abreise des Kaisers ins Große Hauptquartier (29. Oktober 1918)	632
5. Der Vorstoß des Staatssekretärs Scheidemann in der Kaiserfrage (29. Oktober 1918)	634
6. Der Zwiespalt im Kriegskabinett (31. Oktober 1918)	635
 § 36. Der Aufstand auf der Hochseeflotte	636
I. Der Plan des Flottenvorstoßes von Ende Oktober 1918	637
1. Der Einsatzplan der Seekriegsleitung	637

Inhaltsverzeichnis

2. Das strategische Ziel des Flottenvorstoßes	638
3. Die Kontroverse um den Sinn des Flottenvorstoßes	639
II. Die verfassungsrechtliche Problematik des Flottenvorstoßes.	
1. Admiralsrebellion oder Matrosenmuterei	642
2. Das Einverständnis des Kaisers und des Reichskanzlers mit der Operationsfreiheit der Hochseeflotte	643
3. Die Anerkennung der Loyalität der Seekriegsleitung durch den Reichskanzler	645
III. Der Flottenaufstand in Wilhelmshaven.	
1. Die Auflehnung von Teilen der Hochseeflotte gegen den Einsatzbefehl .	646
2. Die Gegenmaßnahmen der Flottenführung	649
IV. Der Flottenaufstand in Kiel.	
1. Die Entwicklung des Kieler Marineaufstands (1.—7. November 1918) .	650
2. Die Kieler aufständische Bewegung und die Militärgewalt	651
3. Die Kieler aufständische Bewegung und die politische Reichsgewalt .	652
4. Haußmann und Noske in Verhandlungen mit den Aufständischen in Kiel.	653
5. Noske als Vorsitzender des Kieler Soldatenrats	654
6. Noske als Gouverneur von Kiel	655
<i>§37. Der Kampf um das Kaisertum zwischen Berlin und Spa.</i>	
I. Die Einwirkungen der Reichsleitung auf das Große Hauptquartier Anfang November 1918.	
1. Die Mission Drews	656
2. Der Simons'sche Plan: Reichsverweserschaft und preußische Regenschaft	658
II. Die Verschärfung der Lage in Berlin	
1. Die russische Einmischung in die innerdeutschen Verhältnisse und der Abbruch der deutsch-russischen Beziehungen (4. November 1918) . .	660
2. Das Auftreten des Ersten Generalquartiermeisters Groener in Berlin (576. November 1918)	660
3. Das mehrheitssozialistische Ultimatum an den Reichskanzler (7. November 1918)	662
III. Das letzte Ringen zwischen Berlin und Spa.	
1. Die Abdankungsempfehlung des Reichskanzlers (778. November 1918) .	664
2. Die Reichsleitung und die Parteien am Vorabend der Revolution . . .	665
3. Der Entschluß des Großen Hauptquartiers zum Widerstand (8. November 1918)	666
4. Die Preisgabe des Kampf-Entschlusses	667

Inhaltsverzeichnis

B. Die deutsche Revolution 1918/1919

Kapitel VIII. Die Novemberrevolution	673
§ 38. <i>Der neunte November</i>	673
I. Der Vormittag des 9. November in Berlin	674
1. Der Ausbruch der Revolution	674
2. Der Austritt der Mehrheitssozialisten aus dem Reichskabinett	674
II. Die Beratungen im Großen Hauptquartier am Tag der Revolution	675
1. Der Militärvortrag am Vormittag des 9. November	675
2. Die Befragung der Frontkommandeure	676
3. Die Abdankungsfrage zwischen Berlin und Spa	678
4. Der Entschluß zur Teil-Abdankung	680
5. Die Erklärung der Abdankungsbereitschaft Kaiser Wilhelms II.	
(9. November 1918)	681
III. Die Enthronung des Kaisers und Königs	682
1. Die Bekanntgabe der Voll-Abdankung des Kaisers und Königs durch den Reichskanzler	682
2. Die Übergabe der Reichskanzlerschaft an Eben	685
3. Der Verzicht auf Reichsverweserschaft und Regentschaft	688
4. Der Machtwechsel in Berlin	689
5. Die Proklamation der Republik	690
IV. Die Verantwortlichkeit für den Untergang der deutschen Monarchie	692
1. Thronverzicht zur Rettung der Monarchie?	692
2. Die Verantwortung der Obersten Heeresleitung	693
3. Die Verantwortung des Reichskanzlers	694
4. Der Staatsstreich der Reichskanzlei	695
5. Die Verantwortung für den Verzicht auf Reichsverweserschaft und preußische Regentschaft	696
§ 39. <i>Die „Flucht nach Holland“</i>	697
I. Kampf um die Krone oder Übertritt ins Ausland?	698
1. Die Anerkennung der Thronenthobung im Großen Hauptquartier	698
2. Die Delegation der kaiserlichen Kommandogewalt an den Chef der Obersten Heeresleitung	699

Inhaltsverzeichnis

3. Der Rat zum Übertritt nach Holland	700
4. Der Grenzübertritt des Kaisers	701
II. Das Problem des „Königstods“	702
1. Der Plan der „SelbstaufOpferung“ des Monarchen an der Front	702
2. Die Vorbereitung des Front-Unternehmens im Großen Hauptquartier .	704
3. Die Gründe gegen die „Selbstaufopferung“	705
III. Der formelle Thronverzicht	706
§ 40. <i>Der Rat der Volksbeauftragten und das Rätesystem</i>	706
I. Ebert als Reichskanzler an der Spitze des alten Reichskabinetts (9710. November 1918)	708
II. Die Einsetzung des Rats der Volksbeauftragten	709
1. Die beiden sozialistischen Parteien nach dem Sieg der Revolution	709
2. Die Koalitionsverhandlungen vom 9. November 1918	710
3. Die Koalitionsvereinbarung vom 10. November 1918	712
4. Die Machtübernahme durch den Rat der Volksbeauftragten	713
III. Das Rätesystem	714
1. Die Arbeiter- und Soldatenräte	714
2. Die Räteversammlung im „Zirkus Busch“ (10. November 1918)	715
3. Die Bestätigung des Rats der Volksbeauftragten durch die Großberliner Räteversammlung	717
IV. Die ersten Spannungen zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsausschuß	718
1. Der Machtkampf zwischen den beiden obersten Revolutionsorganen - ein Kampf um die Suprematie zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen	718
2. Der Aufruf des Großberliner Vollzugsausschusses vom 11. November 1918	719
3. Der Erlaß des Großberliner Vollzugsausschusses über die Bildung einer „Roten Garde“ (12. November 1918)	720
V. Die Problematik des Rätesystems in der Novemberrevolution	721
1. Die vier unterschiedlichen Möglichkeiten des Rätesystems	721
a) Der „Rätestaat“	721
b) Das Räteregime als Instrument der revolutionären Parteien-Diktatur	722
c) Das Räteregime als revolutionäres Interim	723
d) Die Räte als Organisationsform der Wirtschaftsdemokratie	723
2. Das Rätesystem des November/Dezember 1918	724

Inhaltsverzeichnis

§ 41. Der Rat der Volksbeauftragten und die oberste Reichsgewalt	726
I. Der Rat der Volksbeauftragten als Inhaber der revolutionären Diktaturgewalt	726
II. Der Rat der Volksbeauftragten und die bestehenden Reichsorgane	728
1. Die Ausschaltung des Reichstags	729
2. Die Degradation des Bundesrats zur reinen Verwaltungsinstanz	730
III. Die Aufgaben des Rats der Volksbeauftragten	731
1. Die Kollegialaufgaben	731
2. Die Ressortaufgaben	731
IV. Der Aufruf des Rats der Volksbeauftragten vom 12. November 1918	732
1. Der Aufruf - ein sozialistisches oder ein freiheitlich-demokratisches Verfassungsmanifest?	732
2. Die Aufhebung des Belagerungszustands	733
a) Die Aufhebung des Reichsbelagerungszustands	734
b) Der Belagerungszustand in Bayern	735
3. Die Wiederherstellung und Erweiterung bürgerlicher Freiheitsrechte	736
a) Die Vereins- und Versammlungsfreiheit	736
b) Die Meinungsfreiheit	737
c) Die Religionsfreiheit	737
d) Die politische und die militärische Generalamnestie	738
4. Der Ausbau des Sozialstaats	739
a) Die Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes	739
b) Die Aufhebung der Gesindeordnungen	739
c) Arbeiterschutz, Achtstundentag und soziale Vorsorge	740
5. Die Sicherung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus	741
§ 42. Der Rat der Volksbeauftragten und die zentralen Reichsbehörden	742
I. Die Kontinuität der Reichsverwaltung	742
1. Der Fortbestand des überlieferten Systems des Reichsbeamtentums	742
2. Der Fortbestand und die Fortentwicklung des Systems der Reichsämter	743
II. Die Besetzung der Obersten Reichsbehörden	744
1. Die Staatsekretäre der Reichsämter	744
2. Die „parlamentarischen Unterstaatssekretäre“	746
3. Die Reichskanzlei und das Reichspresseamt	747
III. Die Wirksamkeit der Obersten Reichsbehörden in der revolutionären Übergangszeit	749

Inhaltsverzeichnis

<i>§43. Der Rat der Volksbeauftragten und die Reichsmilitärgewalt.</i>	751
I. Das Bündnis Ebert-Groener	
1. Die Übereinkunft Groeners mit Ebert vom 9. November 1918.	751
2. Die Maßnahmen der Obersten Heeresleitung in den ersten Tagen der Revolution	753
a) Der Befehl der Obersten Heeresleitung an das Feldheer (9. November 1918).	753
b) Das Telegramm Groeners an Ebert (9. November 1918).	753
c) Der Befehl der Obersten Heeresleitung an die Heeresgruppen und Armeen (10. November 1918).	754
3. Die wehrpolitischen Maßnahmen Eberts vom 10. November 1918	755
a) Eberts Telegramm an die Oberste Heeresleitung	755
b) Eberts Aufruf an das Heimatheer.	756
4. Die Sanktion der Übereinkunft Ebert-Groener durch den Rat der Volksbeauftragten (11/12. November 1918).	757
5. Die Wirkungen der Übereinkunft zwischen Reichsleitung und Heeresleitung	758
II. Das Zusammenwirken von Reichsleitung und Heeresleitung beim Abschluß des Waffenstillstands (11. November 1918).	
1. Der Abschluß des Waffenstillstandsabkommens.	760
2. Der Inhalt des Waffenstillstandsabkommens	761
3. Der Vollzug des Waffenstillstandsabkommens.	763
III. Der Beginn der Kämpfe zwischen Militärgewalt und Rätegewalt.	
1. Der Versuch des Vollzugsausschusses der Großberliner Arbeiter- und Soldatenräte zur Neugestaltung der Kommandoverhältnisse.	764
2. Die Oberste Heeresleitung und die Soldatenräte.	765
3. Der Vertretertag der Soldatenräte des Feldheeres in Bad Ems (172. Dezember 1918).	767
<i>§ 44. Der Rat der Volksbeauftragten und die Zentralarbeitsgemeinschaft</i>	768
I. Wirtschaftliche Zusammenarbeit oder wirtschaftlicher Umsturz?	
II. Die Entstehung und Stellung der Zentralarbeitsgemeinschaft	770
1. Die Gründung der Zentralarbeitsgemeinschaft.	770
2. Die Sanktion der Zentralarbeitsgemeinschaft durch den Rat der Volksbeauftragten.	771
III. Der Aufbau der Zentralarbeitsgemeinschaft	
1. Zentralausschuß und Zentralvorstand.	772
2. Die beiderseitige Anerkennung der Verbände.	773

Inhaltsverzeichnis

IV. Die Aufgaben der Zentralarbeitsgemeinschaft	774
1. Sozialpolitische Maßnahmen	774
2. Tarifpolitik	774
3. Betriebsverfassungspolitik	775
4. Schlichtungspolitik und Arbeitszeitpolitik	775
V. Die Dauer der Zentralarbeitsgemeinschaft	776

Kapitel IX. Von der Räteherrschaft zur parlamentarischen Demokratie 777

§ 45. <i>Der Kampf um die Wahl der Nationalversammlung</i>	777
I. Der Rat der Volksbeauftragten und der Vollzugsausschuß im Ringen um die „Konstituante“	777
1. Der Kampfruf: „Alle Macht den Räten!“	777
2. Das „Verfassungsprogramm“ des Vollzugsausschusses vom 16. November 1918	778
3. Die gemeinsame Sitzung des Rats der Volksbeauftragten und des Vollzugsausschusses vom 18. November 1918	779
4. Die Resolution der Großberliner Arbeiter- und Soldatenräte gegen die Wahl der Nationalversammlung	780
II. Der Schein-Sieg des Vollzugsausschusses	781
1. Die erste Vereinbarung zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsausschuß (22. November 1918)	781
2. Die Vereinbarung vom 22. November 1918 in der „Verfassungswirklichkeit“ der revolutionären Übergangszeit	783
3. Die Einberufung des Allgemeinen Deutschen Rätekongresses	784
III. Die Reichskonferenz vom 25. November 1918	784
1. Die Zusammensetzung der Reichskonferenz	784
2. Eberts Erklärung zur verfassungspolitischen Lage des Reichs	786
3. Der außenpolitische Bericht des Staatssekretärs Solf	787
4. Die Debatte der Reichskonferenz	789
5. Das Resümee der Reichskonferenz	790
IV. Die Vorentscheidung für die Wahl der Nationalversammlung	791
1. Der Beschuß des Rats der Volksbeauftragten vom 29. November 1918	791
2. Die Verordnung über die Wahlen zur Nationalversammlung vom 30. November 1918	792

Inhaltsverzeichnis

<i>§ 46. Der Kampf um die Wehrverfassung in der ersten Dezemberhälfte 1918</i>	<i>794</i>
I. Die Problematik der militärischen Reorganisation	794
II. Alternativen des militärischen Neuaufbaus	795
1. Der Plan der „sozialistischen Volkswehr“	796
2. Der Plan der „Republikanisierung“ der alten Armee	799
3. Der Plan der Freiwilligenverbände	801
III. Der Konflikt zwischen Reichsleitung und Vollzugsausschuß	802
1. Der „Putschversuch“ vom 6. Dezember 1918	802
2. Der Konflikt in der gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts und des Vollzugsausschusses (7. Dezember 1918)	804
3. Die zweite Vereinbarung über das Verhältnis zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsausschuß vom 9. Dezember 1918	805
4. Der Konflikt zwischen dem Reichskabinett und den Marineräten	806
IV. Militärgewalt und politische Gewalt nach der Rückkehr des Feldheeres	807
1. Die Intervention der Obersten Heeresleitung (8. Dezember 1918)	807
2. Der Plan des Truppeneinzugs in Berlin	809
3. Der Einmarsch der Berliner Feld-Divisionen (10.-13. Dezember 1918)	811
V. Die Aufstellung der Freiwilligen-Verbände	812
1. Die Entscheidung des Rats der Volksbeauftragten für den Aufbau von Freiwilligen-Formationen	812
2. Das Gesetz zur Bildung einer freiwilligen Volkswehr	814
3. Die Aufstellung der Freikorps	815
4. Die Aufstellung des Grenzschutzes Ost	817
<i>§ 47. Innere Konflikte am Vorabend des Rätekongresses</i>	<i>819</i>
I. Das Ringen um die Wiederberufung des Reichstags	819
1. Die ungelöste Frage: Fortbestand oder Ende des alten Reichstags?	819
2. Fehrenbachs Vorstoß vom 12. Dezember 1918	820
3. Fehrenbachs Schreiben an den Rat der Volksbeauftragten vom 14. Dezember 1918	822
II. Der Wechsel an der Spitze des Auswärtigen Amtes	823
1. Die Enthüllung der russischen Geldleistungen zur Vorbereitung der deutschen Revolution	823
2. Von Solf zu Brockdorff-Rantzau	825
III. Die Demission des preußischen Kriegsministers	826
1. Oberste Heeresleitung und Kriegsminister nach der Rückkehr des Feldheeres	826

Inhaltsverzeichnis

2. Das Abschiedsgesuch des Kriegsministers Scheuch	827
§ 48. <i>Der Allgemeine Deutsche Rätekongreß</i>	828
I. Die Rätewahlen - ein Plebiszit gegen das Rätesystem	829
II. Zusammensetzung und Rechtsnatur des Rätekongresses	830
1. Die Delegierten des Rätekongresses	830
2. Die deutschen Zentralinstanzen auf dem Rätekongreß	832
3. Die verfassungspolitische Stellung des Rätekongresses	834
III. Die Beratungen des Rätekongresses	834
1. Der Antrag: Alle Macht den Räten!	834
2. Der Antrag: Aufhebung des Grenzschutzes und der militärischen Sicherungsmaßnahmen im Innern	836
3. Die linksradikale Soldatendeputation vor dem Kongreß	838
4. Die Annahme der „Hamburger Punkte“	839
IV. Die Festigung der Macht der Volksbeauftragten	841
1. Die Anträge gegen die „Konterrevolution“	841
2. Die Bestätigung des Rats der Volksbeauftragten im Amt	842
3. Der Antrag Lüdemann —Kahmann —Severing	843
a) Reichskongreß und Rat der Volksbeauftragten	843
b) Der Zentralrat der Republik	844
V. Die Entscheidung für die Wahl der Nationalversammlung	845
1. Die Anträge Cohen und Däumig	845
2. Die Festsetzung des Wahltermins: 19. Januar 1919	847
VI. Die Einsetzung des „Zentralrats der deutschen sozialistischen Republik“	848
1. Der Versuch zur Beschränkung der Macht der Volksbeauftragten zugunsten des Zentralrats	848
2. Die Wahl des Zentralrats	849
§ 49. <i>Sozialismus, Sozialisierung und Sozialreform</i>	850
I. Wirtschaftlicher Wiederaufbau oder soziale Revolution?	851
1. Sozialismus und Sozialisierung	851
2. Die Bedeutungsvarianten des Sozialismus	852
II. Hauptfragen des Sozialisierungsprogramms	854
1. Totale oder partielle Sozialisierung	854
2. Die „Sozialisierungsreife“	855
3. Sozialisierung der Landwirtschaft oder ländliche Bodenreform?	856

Inhaltsverzeichnis

4. Sozialisierung oder Wiederherstellung der wirtschaftlichen Produktivität?	857
III. Die Reichsleitung und die Sozialisierungsfrage	858
1. Die Einsetzung der Sozialisierungskommission	858
2. Die Sozialisierungsfrage vor der Reichskonferenz (25. November 1918)	859
3. Das Programm des Reichswirtschaftsamts: „Sozialismus ohne Sozialisierung!“	861
4. Das Programm der Sozialisierungskommission: „Sozialismus durch Sozialisierung!“	862
5. Die Widerstand der Reichsämter gegen das Sozialisierungsprogramm	863
IV. Der Rätekongreß und die Sozialisierungsfrage	864
1. Die Sozialisierungsdebatte des Rätekongresses (20. Dezember 1918)	864
2. Die Sozialisierungsfrage und der Zentralrat (28. Dezember 1918)	865
3. Der Streit um die Verstaatlichung des Bergbaus	866
V. Die Fortentwicklung des Sozialstaats durch Sozialreform	867
1. Die Verordnung vom 23. Dezember 1918 - das Grundgesetz des neuen Arbeitsrechts	867
2. Die Grundgedanken des neuen Arbeitsverfassungsrechts	868
a) Das Tarifrecht	868
b) Das Betriebsverfassungsrecht	869
c) Das Schlichtungsrecht	870
 § 50. <i>Der Kampf um die Trennung von Kirche und Staat</i>	871
I. Kirche und Staat nach der Revolution	872
1. Die Maxime: „Trennung von Kirche und Staat“	872
2. Die Bedeutungsvarianten der Trennungsformel	873
II. Revolutionäre Ersatzformen für das landesherrliche Kirchenregiment	874
1. Der Wegfall des landesherrlichen Summepiskopats	874
2. Der Eingriff der preußischen Revolutionsregierung in das Kirchenregiment	876
3. Die Wahrnehmung des landesherrlichen Kirchenregiments durch die Staatsbehörden in anderen Einzelstaaten	877
4. Die Übernahme des Kirchenregiments durch kircheneigene Organe	878
III. Die Erhaltung des Öffentlichkeits-Charakters der Kirchen und der staatlichen Kirchenhoheit	880
1. Die Fordauer des öffentlich-rechtlichen Status der Kirchen	880
2. Die Fordauer der staatlichen Kirchenhoheit	881
3. Die staatlichen Kirchenaustrittsgesetze	882

Inhaltsverzeichnis

IV. Die „Trennung von Kirche und Schule“	884
1. Die überlieferten Einflußrechte der Kirchen im staatlichen Schulwesen	884
2. Der Kampf gegen die „christliche Schule“	884
3. Die Schulerlasse der Ära Haenisch-Hoffmann in Preußen	885
a) Der preußische Schulerlaß vom 15. November 1918	885
b) Der Erlass über die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht vom 27. November 1918	886
c) Der Erlass zur Sicherung der Religionsfreiheit im Schulwesen vom 29. November 1918	887
4. Der Widerstand gegen die schulpolitischen Maßnahmen in Preußen	888
5. Die schulpolitischen Maßnahmen in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten	890
Kapitel X. Die Krise der Revolution	892
§ 51. Die Weihnachtskrise 1918	892
I. Der Kampf um die „Hamburger Punkte“	892
1. Die verfassungspolitische Lage nach dem Rätekongreß	892
2. Der Widerstand des Rats der Volksbeauftragten gegen den Vollzug der „Hamburger Punkte“	893
3. Der Protest der Militärbehörden gegen die „Hamburger Punkte“	893
4. Die Kabinettsitzung vom 20. Dezember 1918	895
5. Die Sistierung des Vollzugs der „Hamburger Punkte“	897
II. Die Kämpfe in Berlin um Weihnachten 1918	898
1. Der Putsch der Volksmarinedivision (23. Dezember 1918)	898
2. Der Kampf um Schloß und Marstall (24. Dezember 1918)	901
3. Der „Vertrag“ zwischen Regierung und Volksmarinedivision (24. Dezember 1918)	902
4. Die Besetzung des Vorwärts-Gebäudes durch die revolutionäre Linke (25. Dezember 1918)	904
5. Das Ringen um das Amt des Berliner Stadtkommandanten	905
§ 52. Der Bruch der sozialistischen Koalition	906
I. Die Regierungskrise und der Zentralrat	906
1. Die Kabinettsitzungen vom 27. und 28. Dezember 1918	906
2. Der Bruch zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen (28. Dezember 1918)	909

Inhaltsverzeichnis

II. Die Umbildung des Reichskabinetts	910
1. Die neuen Volksbeauftragten	910
2. Das Programm der mehrheitssozialistischen Reichsregierung	911
3. Gegenerklärungen und Gegendemonstrationen	912
III. Der Wechsel an der Spitze des preußischen Kriegsministeriums	913
1. Die Bedingungen des Obersten Reinhardt für die Übernahme des Amts des Kriegsministers	913
2. Die Zustimmung des Zentralrats zu Reinhardts Ernennung	914
IV. Das Ende der sozialistischen Koalition in Preußen	915
1. Der Widerspruch der preußischen Unabhängigen gegen Reinhardts Ernennung	915
2. Der Austritt der Unabhängigen aus der preußischen Regierung	916
 <i>§53. Die Januarkämpfe 1919 in Berlin</i>	916
I. Die Regierung Ebert-Scheidemann und die radikale Linke im Kampf	916
1. Die Entlassung des Polizeipräsidenten Eichhorn (4. Januar 1919)	916
2. Der Berliner Aufstand (576. Januar 1919)	918
II. Der Gegenschlag der Reichsregierung	922
1. Die Ernennung Noskes zum Oberbefehlshaber in und um Berlin	922
2. Das Scheitern der Vermittlungsversuche	923
3. Die Niederwerfung des Januaraufstands	924
III. Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg	925
1. Der Tathergang (15. Januar 1919)	925
2. Das Kriegsgerichtsverfahren (8.-14. Mai 1919)	927
IV. Die strafrechtliche Ahndung der Januarkämpfe	928
1. Landfriedensbruch oder Hochverrat?	928
2. Der Ledebour-Prozeß (19. Mai-23. Juni 1919)	931
3. Der Januaraufstand vor dem Reichsgericht	932
V. Der Bericht des Untersuchungsausschusses der Preußischen Landes- versammlung über die Januarunruhen	933
 <i>§ 54. Die Festigung der militärischen Kommandoerhältnisse nach den Januarkämpfen</i>	934
I. Friedensheer und Feldheer Anfang 1919	934
II. Die drei Militär-Verordnungen vom 19. Januar 1919	935

Inhaltsverzeichnis

1. Rechtsnatur und Geltungsbereich der Januar-Verordnungen	935
2. Der Inhalt der Januar-Verordnungen	936
a) Die Kommandogewalt	936
b) Die Soldatenräte	938
c) Militärische Abzeichen, Auszeichnungen, Waffen und Ehrenbezeichnungen	939
III. Die Proteste gegen die Januar-Verordnungen	939
1. Die Reichskonferenz der Soldatenräte Deutschlands	939
2. Die Protest-Resolution des Delegiertentags des Reichsheeres	940
3. Der Protest des Zentralrats der Marine	942
§ 55. <i>Die Sozialisierungsfrage nach dem Scheitern der sozialistischen Koalition</i>	943
I. Das Programm der Sozialisierungskommission vom 10. Januar 1919	943
1. Der Vorschlag zur Verstaatlichung des Bergbaus	944
2. Der Widerspruch des Reichskabinetts und des Zentralrats	944
II. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Verordnungen vom 18. und 29. Januar 1919.	946
1. Die Bergbau-Verordnung vom 18. Januar 1919	946
2. Die Siedlungs-Verordnung vom 29. Januar 1919.	947
III. Die Krise der Sozialisierungskommission	948
1. Die Sozialisierungskommission vor dem Zentralrat (29. Januar 1919) . .	948
2. Die Entscheidung des Reichskabinetts gegen den Bericht der Sozialisierungskommission (Februar 1919)	949
C. <i>Die Grundlagen der Reichserneuerung</i>	
Kapitel XI. Die Reorganisation des deutschen Parteiwesens	953
§ 56. <i>Die Kontinuität des deutschen Parteiensystems in der Revolution</i>	953
I. Das deutsche Parteiwesen und die verfassungsstaatliche Kontinuität	953
II. Das deutsche Fünfparteiensystem im Beginn der Weimarer Republik	955

Inhaltsverzeichnis

<i>§ 57. Die Deutschnationale Volkspartei</i>	956
I. Die Lage des deutschen Konservativismus nach dem Zusammenbruch	
II. Der Zusammenschluß der Rechtsparteien zur Deutschnationalen	
Volkspartei	958
1. Der deutschnationale Gründungsaufruf vom 24. November 1918	958
2. Die Gründungsversammlung vom 16.—19. Dezember 1918 und das	
erste deutschnationale Parteiprogramm	959
<i>§ 58. Zentrum und Bayerische Volkspartei</i>	961
I. Die Zentrumspartei	
1. Das Zentrum nach der Revolution	961
2. Die Reorganisation der Zentrumspartei	964
3. Der Kampf zwischen der Kölner und der Berliner Zentrumsgruppe	965
a) Die Kölner Gruppe	965
b) Die Berliner Gruppe	966
c) Die Zentrums-Strategie: Anpassung und Widerstand!	967
4. Reorganisation und Neuorientierung des Zentrums	968
a) Die Tagung des „Reichsausschusses“ des Zentrums vom	
30731. Dezember 1918	968
b) Die „Leitsätze“ der Zentrumspartei	969
II. Die Bayerische Volkspartei	970
1. Die Abspaltung des Bayerischen Landesverbands	970
2. Das Programm der Bayerischen Volkspartei	971
a) „Bayern den Bayern!“ !	971
b) Staatenbund oder Bundesstaat?	972
<i>§ 59. Der deutsche Liberalismus</i>	973
I. Der Plan einer liberalen Gesamtpartei	
1. Das Problem der liberaldemokratischen Einigung	974
2. Der nationalliberale Einigungsversuch	975
3. Der Einigungsaufruf der „Sechzig“ vom 16. November 1918	976
4. Das Scheitern der liberalen Einigung	979
II. Die Deutsche Volkspartei	980
1. Der Gründungsaufruf vom 22. November 1918	980
2. Die weiteren Fusionsverhandlungen zwischen Nationalliberalen und	
Linksliberalen	981
3. Die Selbstbehauptung der „Deutschen Volkspartei“	982
4. Parteivorsitz und Parteiprogramm	983

Inhaltsverzeichnis

III. Die Deutsche Demokratische Partei	985
1. Die Fortschrittliche Volkspartei und der Aufruf der Sechzig	985
2. Gründung und Organisation der Deutschen Demokratischen Partei	986
3. Das Programm der Deutschen Demokratischen Partei	987
<i>§ 60. Die drei sozialistischen Parteien nach der Revolution</i>	988
I. Die Mehrheitssozialisten	989
1. Revolution oder Reform?	989
2. Das Bekenntnis zum „demokratischen Sozialismus“	990
3. Die mehrheitssozialistische Resolution vom 28. November 1918	991
4. Die mehrheitssozialistischen Richtungsgegensätze	992
II. Die Unabhängigen Sozialisten	993
1. Die Richtungsgegensätze in der USPD	993
2. Die Erklärungen der Parteiführung der USPD	994
3. Die USPD nach der Niederlage auf dem Rätekongreß	995
III. Die äußerste Linke	996
1. Der Spartakus-Bund im November/Dezember 1918	996
2. Das Spartakus-Programm vom 14. Dezember 1918	999
3. Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands	1000
Kapitel XII. Umsturz und Neuordnung in den deutschen Einzelstaaten	1002
<i>§ 61. Preußen vom November 1918 bis zum März 1919</i>	1002
I. Das preußische Revolutionskabinett	1002
1. Die Auflösung des Bandes zwischen der Regierungsgewalt im Reich und in Preußen	1002
2. Das erste Revolutionskabinett in Preußen	1004
3. Übersicht über die Zusammensetzung des preußischen Staatsministeriums von November 1918 bis Januar 1919	1005
II. Die Wirksamkeit des preußischen Revolutionskabinetts vom November 1918 bis zum Januar 1919	1006
1. Das preußische Regierungsprogramm	1006
2. Die ersten Regierungsmaßnahmen	1007
III. Der Kampf um die Integrität der Verwaltung	1008
1. Die Entscheidung für den Fortbestand des Beamtenkörpers	1008
2. Die Arbeiter- und Soldatenräte und die preußische Beamtenchaft	1009

Inhaltsverzeichnis

3. Die Räte-Anordnung vom 23. November 1918	1010	
4. Die Verhaftung der Ruhrindustriellen durch die preußischen Arbeiter-und Soldatenräte	1011	
IV. Das preußische Kabinett von Januar bis März 1919.		1012
1. Der Bruch der sozialistischen Koalition in Preußen,	1012	
2. Die Wahlen zur preußischen Landesversammlung (26. Januar 1919) . .	1013	
3. Das Koalitionskabinett vom 25. März 1919.	1013	
562. <i>Bayern unter der Regierung Eisner</i>		1014
I. Der Umsturz in Bayern.		1014
1. Die Münchener Revolution (7./8. November 1918)	1014	
2. Das bayerische Revolutionskabinett	1017	
3. Der Provisorische Nationalrat	1019	
4. Das Regierungsprogramm des Kabinetts Eisner vom 15. November 1918.	1019	
II. Der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern wegen Eisners Aktenveröffentlichung		1020
1. Die Regierung Eisner und die deutsche Außenpolitik.	1020	
2. Eisners Aktenveröffentlichung zur Kriegsschuldfrage.	1021	
3. Die Abwehr der Reichsregierung gegenüber der bayerischen Treueverletzung	1023	
III. Die Regierung Eisner und die Reichsverfassungspolitik.		1025
1. Eisner und der deutsche Föderalismus.	1025	
2. Eisners Kampf gegen die Wahl der Nationalversammlung	1026	
3. Eisner und die deutsche Wehrpolitik.	1027	
IV. Die Regierung Eisner und die bayerische Innenpolitik.		1028
1. Räteherrschaft oder Wahl einer Landesversammlung?	1028	
2. Die Entscheidung für die Wahl eines verfassunggebenden Landtags.	1029	
3. Die Tagungen des Provisorischen Nationalrats.	1030	
4. Der Kampf gegen Eisner.	1030	
5. Das Wahlergebnis vom 12. Januar 1919.	1031	
§ 63. <i>Revolution und Reorganisation in Sachsen und in Südwestdeutschland</i> . .		1032
I. Sachsen		1032
1. Die Parlamentarisierung am Vorabend der Revolution.	1032	
2. Der Novemberumsturz in Sachsen.	1033	
3. Die Gegensätze zwischen den sozialistischen Parteien.	1035	

Inhaltsverzeichnis

4. Die sächsischen Wahlen vom 2. Februar 1919.	1036
II. Württemberg	1037
1. Die Parlamentarisierung des württembergischen Kabinetts.	1037
2. Der Novemberumsturz in Württemberg	1038
3. Die Umbildung der württembergischen Regierung zum bürgerlich-sozialistischen Koalitionskabinett.	1039
4. Das württembergische Programm der friedlichen Reform.	1040
5. Die württembergische Reichspolitik im November/Dezember 1918 . .	1041
6. Die württembergische Innenpolitik vom November 1918 bis zu den Januarunruhen 1919.	1042
7. Die württembergischen Wahlen vom 12. Januar 1919.	1043
III. Baden.	1044
1. Der Novemberumsturz und das Koalitionskabinett Geiß.	1044
2. Die badische Regierungspolitik im November/Dezember 1918. . . .	1047
3. Die badischen Wahlen vom 5. Januar 1919.	1048
IV. Hessen.	1048
1. Der Novemberumsturz und das Kabinett Ulrich.	1048
2. Die hessischen Wahlen vom 26. Januar 1919.	1050
§ 64. <i>Die norddeutschen Mittel- und Kleinstaaten</i>	1050
I. Mecklenburg.	1051
1. Mecklenburg—Schwerin.	1052
2. Mecklenburg—Strelitz	1052
II. Oldenburg.	1053
III. Braunschweig.	1053
IV. Die thüringischen Staaten.	1055
1. Sachsen—Weimar—Eisenach.	1055
2. Sachsen—Altenburg.	1056
3. Sachsen—Meiningen.	1056
4. Sachsen—Coburg—Gotha	1056
5. Schwarzburg—Rudolstadt und Schwarzburg—Sondershausen. . . .	1058
6. Reuß ältere und jüngere Linie.	1058
V. Die norddeutschen Kleinstaaten.	1059
1. Anhalt.	1059
2. Lippe und Schaumburg—Lippe.	1059
3. Waldeck.	1060

Inhaltsverzeichnis

VI. Die deutschen Stadtstaaten	1061
1. Hamburg	1061
2. Bremen	1061
3. Lübeck	1062
 Anhang zu Kapitel XII.	 1063
 <i>Übersicht über die deutschen Landeswahlen 1918/19.</i>	1063
Tabelle der Wahlergebnisse.	1065
 Kapitel XIII. Die Weimarer Nationalversammlung und die vorläufige Reichsverfassung	 1066
 <i>§65. Die Wahl der deutschen Nationalversammlung.</i>	1066
I. Der Wahlakt vom 19. Januar 1919.	1066
1. Das Wahlsystem	1067
2. Das Wahlergebnis.	1068
3. Übersicht über das Wahlergebnis vom 19. Januar/2. Februar 1919 . . .	1069
II. Die Fraktionen der Nationalversammlung	1069
1. Die Deutschnationale Volkspartei	1069
2. Die Deutsche Volkspartei.	1070
3. Das Zentrum.	1071
4. Die Bayerische Volkspartei	1072
5. Die Deutsche Demokratische Partei	1072
6. Die Sozialdemokratische Partei	1073
7. Die Unabhängigen Sozialisten.	1075
 <i>§ 66. Die Vorläufige Reichsverfassung und die Einsetzung der verfassungsmäßigen Reichsregierung.</i>	1075
I. Die Machtübernahme durch die Nationalversammlung	1075
1. Die Arbeiter- und Soldatenräte und die Nationalversammlung.	1075
2. Die Eröffnung der Nationalversammlung	1076
II. Das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt	1077
1. Die verfassunggebende Gewalt	1078
2. Die gesetzgebende Gewalt	1078
3. Das Amt des Reichspräsidenten.	1080
4. Das Amt der Reichsregierung	1080

Inhaltsverzeichnis

III.	Die Konstituierung der obersten Reichsorgane	1081
1.	Die Wahl des Reichspräsidenten	1081
2.	Die Berufung der Reichsregierung	1083
3.	Übersicht über die Zusammensetzung des Reichskabinetts Scheidemann	1084
IV.	Der Ausbau der Vorläufigen Reichsverfassung	1085
1.	Das Übergangsgesetz	1085
2.	Die Errichtung der vorläufigen Reichswehr	1087
3.	Die ersten Ermächtigungsgesetze der Republik	1087
V.	Das Staatsschutzrecht unter der Vorläufigen Reichsverfassung	1089
1.	Das Recht des militärischen Waffengebrauchs im Fall innerer Unruhen, insbesondere der Waffengebrauchs-Erlaß Noskes vom 20. Januar 1919 .	1089
2.	Das Recht zur Verhängung des Belagerungszustands	1091
Kapitel XIV. Die Kämpfe der Republik um Einheit, Freiheit und inneren Frieden		1093
<i>§ 67. Abwehrmaßnahmen des Reichs gegen Unruhen nördlich des Mains . . .</i>		1093
I.	Der deutsche Radikalismus nach den Januarwahlen	1093
1.	Die Kampfansage der Großberliner Räteversammlung gegen Reichsregierung und Nationalversammlung	1093
2.	Die Kampfansage der KPD: „Alle Macht den Räten!“	1094
II.	Die inneren Kämpfe im Februar 1919.	1095
1.	Die ersten Unruhen in Braunschweig	1095
2.	Der Sturz der Räteherrschaft in Bremen	1096
3.	Die Generalstreikbewegung im Ruhrgebiet	1097
III.	Die Märzauftstände 1919.	1099
1.	Der Aufstand in Mitteldeutschland	1099
2.	Der Märzauftstand in Berlin	1101
3.	Der „Schießbefehl“ Noskes	1104
IV.	Das Sozialisierungsgesetz vom 23. März 1919 und der Zweite Rätekongreß	1104
1.	Das Sozialisierungsgesetz und das Kohlenwirtschaftsgesetz	1104
2.	Der Zweite Rätekongreß (8.-14. April 1919).	1105
V.	Der Aufstand im Ruhrgebiet	1106
VI.	Der April-Aufstand in Sachsen	1108
VII.	Der April-Aufstand in Braunschweig	1109

Inhaltsverzeichnis

VIII. Die Wirren in Bremen und Hamburg (April-Juni 1919)	1111
§ 68. <i>Die bayerische Räteregierung und ihr Sturz</i>	1113
I. Bayern nach Eisners Ermordung	1113
II. Die verschleierte Räteherrschaft	1115
1. Das Kabinett Segitz	1115
2. Das Kabinett Hoffmann	1116
III. Die erste Räterepublik	1118
1. Die Proklamation der ersten Räterepublik (7. April 1919)	1118
2. Das Ministerium Hoffmann in Bamberg	1119
3. Krise und Ende der ersten Räteregierung	1120
IV. Die zweite Räterepublik	1121
1. Die Proklamation der kommunistischen Räteherrschaft (13. April 1919)	1121
2. Die Reichsintervention in Bayern	1123
3. Der Zerfall der zweiten Räteregierung	1124
4. Die Einnahme Münchens durch die Regierungstruppen	1125
V. Die Rückkehr Bayerns auf den Boden der verfassungsmäßigen Ordnung	1125
1. Die Wiedereinsetzung und Umbildung des Ministeriums Hoffmann	1125
2. Die Aburteilung der Führer des Räte-Regimes	1127
3. Bayern und das Reich nach dem Ende der Räteherrschaft	1127
§ 69. <i>Die Abwehr des rheinischen Separatismus 1918/19</i>	1128
I. Rheinische Absonderungsbestrebungen im November/Dezember 1918	1128
1. Die ersten Pläne zur Errichtung einer Westdeutschen Republik	1128
2. „Rheinisches Recht für Rheinisches Land!“	1130
3. Der Widerstand gegen die „Los-von-Berlin“-Bewegung	1132
4. Die Berliner Behörden und die Rheinland-Frage	1133
5. Der Erste Rätekongreß und die Rheinland-Frage	1134
II. Rheinische Absonderungsbestrebungen im Januar/Februar 1919	1135
1. Der Kölner „Wirtschaftliche Ausschuß“ und die „Gruppe Dorten“	1135
2. Die Kölner Konferenz (1. Februar 1919)	1136
III. Die separatistischen Unternehmungen vom März bis Mai 1919	1138
1. Die Kölner Aktivisten-Resolution vom 10. März 1919	1138
2. Das Reichskabinett und die preußische Regierung in der Abwehr des rheinischen Separatismus	1139

Inhaltsverzeichnis

3. Die Verbindung des rheinischen Separatismus mit der französischen Besatzungsmacht	1140
4. Die Abwehr der Rheinstaat-Bestrebungen durch Regierung und Parlament	1142
5. Die Sitzung des „Westdeutschen politischen Ausschusses“ (30. Mai 1919)	1142
IV. Die Rheinland-Frage im Juni/Juli 1919.	1143
1. Der Fehlschlag des Separatisten-Putsches in Wiesbaden (1. Juni 1919)	1143
2. Graf Brockdorff-Rantzau und die Rheinland-Frage.	1144
3. Die Rheinland-Frage nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages	1145
§70. <i>Der Kampf um die deutschen Ostgebiete 1918/19.</i>	1146
I. Der polnische Aufstand	1146
1. Die Einsetzung des „Polnischen Volksrats“ in Posen	1146
2. Der Verlust des Hauptteils der Provinz Posen	1148
II. Die deutschen Abwehrmaßnahmen	1149
1. Der Entschluß des Rats der Volksbeauftragten zur Verteidigung der Ostgebiete (273. Januar 1919).	1149
2. Der Einsatz des deutschen Grenzschutzes.	1150
Kapitel XV. Friedensschluß und Verfassungswerk	1152
§71. <i>Der Friedensvertrag von Versailles.</i>	1152
I. Friedensvertrag und Reichsverfassung	1153
1. Das Recht des Besiegten auf nationale Existenz und autonome Verfassung	1153
2. Friedensvertragliche Vorbedingungen der Weimarer Reichsverfassung	1153
II. Die Entstehung des Friedensvertrags	1155
1. Die Vorfriedenskonferenz	1155
2. Die deutsche Friedensdelegation in Versailles	1156
3. Die deutschen Proteste gegen den „Frieden ohne Verhandlungen“	1157
4. Das alliierte Friedens-Ultimatum vom 16. Juni 1919.	1158
III. Ablehnen oder Annehmen?	1159
1. Die Stellungnahme der deutschen Friedensdelegation	1159
2. Die Friedensfrage im Reichskabinett (18. Juni 1919).	1160
3. Die Truppenführerbesprechung vom 19. Juni 1919.	1162

Inhaltsverzeichnis

4. Die Sitzung des Staatausschusses vom 19. Juni 1919.	1163
5. Die Besprechung des preußischen Kabinetts mit den Zivil- und Militärbehördendes Ostens am 19. Juni 1919.	1164
IV. Die Entscheidung für die Annahme des Friedensvertrags.	1165
1. Der Rücktritt des Kabinetts Scheidemann (20. Juni 1919).	1165
2. Der Plan der „Zwischen-Depesche“.	1166
3. Die Bildung des Reichskabinetts Bauer (21. Juni 1919).	1167
4. Übersicht über die Zusammensetzung des Reichskabinetts Bauer	1168
V. Der Abschluß des Friedensvertrags.	1169
1. Die bedingte Annahme des Friedensvertrags.	1169
2. Die Zurückweisung des deutschen Vorbehalts.	1170
3. Die Zustimmung der Nationalversammlung zur vorbehaltlosen Unterwerfung	1171
4. Die Reichswehr nach der Annahme des Friedensvertrags.	1172
5. Die Unterzeichnung und Ratifikation des Friedensvertrags und des Rheinland-Abkommens.	1173
VI. Der Hauptinhalt des Friedensvertrags.	1174
1. Gebietsbestimmungen.	1174
2. Entwaffnungsbestimmungen.	1175
3. Reparationen	1176
4. Sanktionen.	1176
5. Der Kriegsschuld-Artikel	1177
6. Der Auslieferungs-Artikel	1177
7. Die Annulierung der Ostfriedensverträge.	1177
§72. Das Verfassungswerk von Weimar.	1178
I. Die Vorarbeiten zur Reichsverfassung.	1178
1. Die Vorbesprechung im Reichsamt des Innern.	1178
2. Die ersten Entwürfe des Reichsamts des Innern.	1179
a) Der Entwurf I	1179
b) Der Entwurf II	1181
II. Die Einwirkung der Einzelstaaten auf die Vorarbeiten zu Reichsverfassung	1181
1. Die vorbereitende Länderkommission.	1181
2. Der Staatausschuß.	1182
3. Der revidierte Verfassungsentwurf („Entwurf III“).	1183
4. Die Zustimmung des Staatausschusses zum endgültigen Regierungsentwurf („Entwurf IV“).	1184

Inhaltsverzeichnis

III.	Die erste Lesung der Reichsverfassung in der Nationalversammlung	1184
1.	Die Begründung des Regierungsentwurfs durch Reichsminister Preuß	1184
2.	Die Stellungnahme der Regierungsparteien	1185
3.	Die Stellungnahme der Opposition	1187
4.	Der Schluß der ersten Lesung	1189
IV.	Die Verfassungsberatungen der Nationalversammlung	1190
1.	Die Beratungen des Verfassungsausschusses	1190
2.	Die zweite Lesung im Plenum („Entwurf V“)	1191
3.	Die dritte Lesung im Plenum („Entwurf VI“)	1191
V.	Die Hauptfragen des Staatsaufbaus und ihre Entscheidung	1192
1.	„Reich“ oder „Republik“?	1192
2.	Die Reichsfarben	1192
3.	Der Reichspräsident	1192
4.	Die Reichsregierung	1193
5.	Der Reichstag	1193
6.	Der Reichsrat	1194
7.	Die Reichsgesetzgebung	1194
8.	Reichsexekution und Diktaturgewalt	1194
9.	Reichsverfassung und Militärgericht	1195
10.	Gerichtsverfassung und Rechtspflege	1195
11.	Die Verfassungsgerichtsbarkeit	1196
	12. Die Neugliederung des Reichsgebiets	1196
VI.	Der Ausbau des Grundrechts-Systems	1197
1.	Grundrechte im „sozialen Volksstaat“	1197
2.	Grundrechte und Rechtsstaat	1199
3.	Grundrechte und Kulturstaat	1200
	a) Der Weimarer staatskirchenrechtliche Kompromiß	1200
	b) Der Weimarer Schulkompromiß	1201
4.	Grundrechte, Wirtschaftsstaat und Sozialstaat	1202
	a) Der Räte-Artikel	1202
	b) Eigentumsgarantie, Sozialisierungskompetenz und Räteorganisation	1203
VII.	Verabschiedung, Ausfertigung und Verkündung der Reichsverfassung . . .	1204